
Randbemerkungen zum SPÖ-Programm

Maria Szecsi

Demokratisierung, Mitbestimmung, Partizipation, Autonomie — um diese Ideen kreist seit geraumer Zeit die inner-sozialistische Diskussion, vor allem — aber nicht nur — in der jüngeren Generation. Sie wird gespeist von einer Fülle gesellschaftskritischer Theorien, teils neomarxistischer, teils aber auch liberal-demokratischer Herkunft. In nicht geringem Maß hat dieser Strom auch Zufluß aus Quellen erhalten, die der katholischen Soziallehre entspringen. Allen gemeinsam ist eine Kapitalismuskritik, die sich weniger an Armut und Elend als an der sinnentleerten Konsumwelt festmacht und eine Kritik des Wohlfahrtsstaates, deren Spitze sich gegen die Bevormundung des Bürgers durch eine bürokratische und technokratische Organisation der Verwaltung richtet. All dies ist wohlbekannt und muß an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Auf der Linken waren es die zwei großen Ereignisse des Jahres 1968 — der Prager Frühling und der Pariser Mai —, mit denen die Auflösung des klassischen Marxismus und die Abkehr vom Verstaatlichungs- und Planungsprinzip der früheren sozialistischen Programmatik begann. Dieser Entwicklung versucht das Programm der SPÖ durch den zentralen Platz, den es der Demokratisierung aller Institutionen zuweist, Rechnung zu tragen.

Nun ist der Gedanke, das demokratische Prinzip über den politischen Bereich hinaus im gesamten wirtschaftlichen Lebenszusammenhang zu verankern, kein neues Element in der geistigen Tradition der Arbeiterbewegung, er hat bald nach der Russischen Revolution Wurzeln geschlagen, als die Tendenzen einer totalitären Parteidiktatur in Rußland sichtbar wurden. Otto Bauer und Max Adler haben hierzu namhafte Beiträge geleistet, auch die erste Generation der kommunistischen Dissidenten, Rosa Luxemburg, Karl Korsch, Gramsci, sah in

dieser Frage das wichtigste ungelöste Problem stattgehabter und künftiger Revolutionen. Ihnen allen galt allerdings die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Marktsystems als selbstverständliche Voraussetzung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Daß sie keine überzeugende Lösung des Koordinations- und Allokationsproblems bieten konnten, ist im Hinblick auf den damaligen Stand der ökonomischen Theorie des Marxismus kaum erstaunlich. Seither hat die Erfahrung gelehrt, daß der Markt ein auch im Sozialismus notwendiges, wenn auch nicht beherrschendes Organisationsprinzip darstellt. So blieb nach der Demontage des klassischen Modells für die Konstruktion eines sozialistischen Wirtschaftsmodells die schwierige Aufgabe der richtigen Kombination von Markt, Plan, Mitbestimmung und Vergesellschaftung, die wohl noch lange Zeit die besten theoretischen Köpfe des Sozialismus beschäftigen wird.

Daß diese Arbeit im Rahmen eines Parteiprogramms, das notwendigerweise unter dem Zwang von Kompromissen mit den Erfordernissen der Realpolitik auf der einen, und einer verfestigten ideologischen Tradition auf der anderen Seite steht, nicht geleistet werden konnte, ist klar. Solches zu erwarten wäre mehr als naiv. So sollen die folgenden, teilweise sehr kritischen Anmerkungen zu dem Ergebnis der Programmdiskussion nicht als Abwertung der geleisteten Arbeit verstanden werden, sondern Fragen aufwerfen, die einer weiterführenden Diskussion Stoff geben könnten. Es liegt auch nicht in der Absicht dieses Artikels, das ganze Programm zu kommentieren. Er beschränkt sich im wesentlichen auf den engeren Wirtschaftsteil, soweit darin mittelfristige Strategien einer sozialistischen Wirtschaftspolitik angelegt sind. Über das traditionelle Fernziel einer klassenlosen, auf Kooperation und Solidarität ruhenden Gesellschaftsordnung ist heute kaum mehr zu sagen als schon seit eh und je. Daß wir ihm in den letzten hundert Jahren nicht näher gerückt sind, wird Skeptiker bestärken, aber Hoffende nicht entmutigen. Manchen wird es vielleicht das vielgeschmähte Wort Bernsteins, wonach das „Endziel“ wenig, die Bewegung aber alles bedeutet, in einem freundlicheren Licht erscheinen lassen. So ist es vielleicht nicht sehr wichtig zu wissen, ob der wieder zum Leben erweckte, ursprünglich von Max Adler gebrauchte Begriff der „sozialen Demokratie“ schon das Endziel selbst oder erst den Weg hiezu bezeichnen soll.

Die Königsidee des Programms besteht darin, die Verwirklichung sozialistischer Prinzipien des Gemeinwohls weniger (oder gar nicht) im institutionellen System als im wirtschaftlichen Handlungssystem anzulegen: Der Akzent liegt auf Entscheidungen und „Entscheidungsverhältnissen“, also Handlungen¹. Zwar wurde, um das gleich vorweg aus dem Weg zu räumen, in der Endfassung des Textes aufgrund einer vorangegangenen stürmischen Diskussion die neue Parole von der „Veränderung der Entscheidungsverhältnisse“ so abgeändert, daß es nun an mehreren Stellen „Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse“ heißt. An der Gesamtaussage hat das nicht geändert, da die Frage des

Eigentums nirgends weiter erörtert wird, das Wort steht einsam da — es bleibt ein Wort, sonst nichts, wie Morgensterns Knie. Auf diese umstrittene Konzeption der Entscheidungsverhältnisse ist noch sehr ausführlich zurückzukommen. Vorerst muß kurz auf den wirtschaftspolitischen Zielkatalog und das instrumentelle Gerüst, auf dem er aufgebaut ist, eingegangen werden. Überraschende Neuerungen gibt es hier allerdings nicht.

x x x

Im Rahmen der Konjunkturpolitik haben naturgemäß die Ziele der Stabilität und Vollbeschäftigung Vorrang, die im Rahmen eines „qualitativen Wachstums“ zu sichern sind. In der Verteilungspolitik gibt es einen begrüßenswerten Vorstoß in Richtung einer gleichmäßigeren Verteilung von persönlichen Einkommen und Lebenschancen; bisher hat man sich stets mit der Leerformel einer „gerechteren“ Verteilung begnügt. Regionaler Ausgleich, Beseitigung der städtischen und ländlichen Armut, verstärkter Umweltschutz, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein langfristiges Ressourcenmanagement vor allem in der Energiepolitik — all das sind aus früheren programmatischen Äußerungen wohlbekannte Punkte, bei denen nur im Detail neue Akzente gesetzt wurden. An der Palette des konjunkturpolitischen Instrumentariums keynesianischer Prägung wird unbeirrt von der monetaristischen Gegenoffensive festgehalten, deren Abwehr ein guter Teil der theoretischen Vorarbeiten prominenter Programmautoren gilt. Wesentliche Erweiterungen des staatlichen Instrumentariums werden nicht angeregt, wenn man von der erstmalig erhobenen Forderung nach der Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für die „Finanzierung der Beschäftigungspolitik bei schweren Konjunktureinbrüchen“, im Klartext soll das wohl heißen Notenbankfinanzierung, absieht. Insgesamt soll also, so scheint es nach dem vorliegenden Text, der strukturelle Wandel in Richtung einer „sozialen Demokratie“ im Wesentlichen mit den dem Staat heute zur Verfügung stehenden Mitteln der Intervention bewältigt werden.

Einer näheren Betrachtung ist in diesem Abschnitt die Frage des Wachstums zu unterziehen. Daß es sich anno 1978 nur um ein „qualitatives“ und nicht um ein „hemmungsloses“ Wachstum handeln kann, gehört zu den Selbstverständlichkeiten des Zeitgeistes seit dem Club of Rome und dem kulturkritischen Aufstand gegen die Konsumgesellschaft. Allerdings ist dieser Begriff heute schon so abgegriffen wie eine Münze aus der Römerzeit. Allgemein schwebt dabei jedermann die stärkere Berücksichtigung des Umweltproblems sowie die Schaffung größerer Freiräume für die Erfüllung nichtmaterieller Bedürfnisse im gesamten Wirtschaftsprozeß vor. Die eigentlichen Probleme der Abwägung und gegenseitigen Begrenzung dieser Prinzipien werden jedoch selten angeschnitten. Auch im Programm heißt es nur lapidar: „Qualitativ ausgerichtet ist das Wachstum dann, wenn die Humanisie-

rung der Arbeitsplätze (warum nicht der Arbeit? Anm. d. V.), die verantwortungsvolle Nutzung der Produktionsfaktoren und eine möglichst geringe Belastung der Umwelt im Vordergrund stehen“. Heißt „Vordergrund“ hier dasselbe wie Vorrang? Und wenn, heißt es absoluten Vorrang bis hin zum Nullwachstum an Konsumgütern? Das wohl kaum, da an anderen Stellen des Textes die Notwendigkeit eines weiter wachsenden Wohlstandes im üblichen Sinn sehr entschieden bekräftigt wird. Nun ist es kein Geheimnis, daß manche der profiliertesten Programmautoren zur Phalanx entschiedener Wachstumsgegner gehören. Aus verständlichen Gründen konnte sich diese Tendenz im Programm nicht voll durchsetzen, sie manifestiert sich jedoch deutlich, wenn auch unausgesprochen, im Gesamtzusammenhang der Argumentation².

Unleugbar gibt es weitverbreitete Stimmungen in dieser Richtung in der ganzen westlichen Industrielwelt, ob sie nun in Theorien von einer „post-industriellen Gesellschaft“ mehr oder weniger systemkonformen Ausdruck finden oder, am anderen Ende des Spektrums, in die Vision von einer „ganz anderen Welt“ münden. An Szenarios alternativer Zukünfte, alternativer Lebensstile, gibt es keinen Mangel. All das kommt gewiß nicht nur aus den Köpfen intellektueller Träumer, wie manchmal behauptet wird, es schießt allerorten aus den Graswurzeln des gesellschaftlichen Bodens hervor. Die Frage ist nur, wie sich das notwendig steigende Konfliktpotential im Zusammenstoß zwischen diesen Stimmungen und dem im Grunde unveränderten Anspruchsverhalten der großen Masse der Menschen bewältigen läßt. Indes hat die ganze Wachstumsfrage auch einen anderen Aspekt, der uns das Gegenteil einer bewußt herbeigeführten Wachstumsdrosselung, nämlich eine weltweite langfristige Stagnation mit zunehmend schweren Kriseneinbrüchen bescheren könnte. Davon war ja in letzter Zeit reichlich die Rede. Auf diesen ganzen Fragenkomplex, der mit der Möglichkeit eines generellen Entwicklungsbruchs seit 1974 verbunden ist, geht die Analyse des Programms nicht ein. Die kurzen Hinweise auf die Krisenzeichen der gegenwärtigen Situation stehen im Rahmen einer allgemeinen Kritik der kapitalistischen Marktwirtschaft, die eben mit dem Fluch der Krise behaftet ist, als ob es sich um eine Situation wie gehabt, etwa anno 1958 oder 1967 handelte, oder handeln könnte.

Vielleicht war es auch gar nicht möglich, in der Programmarbeit die diversen, heute umlaufenden Stagnationsthesen zu explorieren, zumal Prognosen dieser Art immer ein riskantes Geschäft sind. In der Praxis wird es aber für die wirtschaftspolitische Strategie keineswegs gleichgültig sein, ob die niedrigeren (oder gar negativen) Wachstumsraten aus objektiv-ökonomischen Gründen auf uns zukommen oder als Resultat einer bewußten Orientierung auf eine neue Wertordnung. Paradoxerweise scheint es sich ja so zu verhalten, daß sich die *erwünschten* Wachstumsbeschränkungen in einem Klima allgemeiner Prosperität und hoher Produktivitätszuwächse leichter werden durchsetzen lassen als in der Stagnation. Werden doch sowohl Umweltaufla-

gen wie auch die im Zuge der Humanisierungsbestrebungen gewünschten Umstellungen von Arbeitsprozessen und technischen Verfahren einen enormen Kapitaleinsatz erfordern. So ließe sich vielleicht die These vom „qualitativen Wachstum“ so formulieren, daß es einer in bestimmten Richtungen kräftig wachsenden Wirtschaft bedarf, um den neuen Bedürfnissen und Qualitätsansprüchen an Umwelt und Arbeit gerecht zu werden. Wieviel von diesen Zielsetzungen übrig bleiben wird, wenn wir zur Abwehr einer Krise die ganze Interventionskapazität des Staates brauchen werden, läßt sich leicht denken. (Im übrigen zeigt es die Erfahrung der letzten Jahre). Die nähere Auseinandersetzung mit diesem Dilemma wird uns, wie ich fürchte, in der nächsten Zukunft nicht erspart bleiben, das Programm gibt dazu wenig Anhaltspunkte.

x x x

Ob die staatliche Interventionskapazität tatsächlich ausreichen kann, um den post-keynesianischen Teufelskreis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation zu durchbrechen, kann freilich nicht programmatisch deklariert werden, dennoch hätte die Frage pointiert herausgearbeitet werden müssen. Wieviel oder wie wenig kann dazu die vieldiskutierte Neuerung, die „Veränderung der Entscheidungsverhältnisse“ beitragen? Sofern diese Formel eine Stärkung der ökonomischen Präsenz des Staates in der Wirtschaft meint, handelt es sich tatsächlich um ein dringendes Gebot, wenn die Hauptziele des Programms auch nur annähernd verwirklicht werden sollen. Gerade in dieser Richtung wird aber keine einzige konkrete Forderung gestellt, obwohl das im Hinblick auf dringend benötigte Bundesvollmachten etwa in Fragen Umwelt, Verkehr, Energie und andere Programmziele mehr als nahe läge. Sicher wissen das auch die Programmautoren und haben es stillschweigend in ihr Paket hineingedacht. Explizit steht jedoch die Formel im Rahmen des allgemeinen Demokratisierungs- und Entbürokratisierungsgedankens, Entscheidungsmacht soll im wesentlichen dezentral, nach unten, verlagert werden, einerseits in die einzelnen Unternehmen und Betriebe via Mitbestimmung, andererseits durch die „verstärkte Beteiligung bisher unzureichend vertretener Gruppen“ am gesamten Entscheidungsprozeß, durch die „stärkere Beteiligung der unmittelbar Betroffenen an der Planung und Durchführung der politischen Entscheidungen“.

So sehr man all dem zustimmen kann, so bleiben doch die dahinter steckenden Vorstellungen von dem, was auf diese Weise bewirkt werden soll, etwas nebulos. Im einleitenden Teil des Wirtschaftskapitals heißt es: „Wo Produktions- und Investitionsentscheidungen vor allem am erwarteten Gewinn ausgerichtet sind, werden immer wieder Arbeitslosigkeit, Inflation und Stagnation auftreten“. Wie kann dem durch eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse abgeholfen werden? Ist es denn überhaupt ratsam zu verlangen, daß „Entschei-

dungen auf betrieblicher Ebene gesamtgesellschaftliche Ziele berücksichtigen“ sollen? Gegeben den Rentabilitätszwang, unter dem im Markt operierenden Unternehmen nun einmal stehen, kann man wohl einen begrenzten Spielraum für kürzer- oder längerfristig angelegte Unternehmenspolitiken, möglicherweise auch für freiwillige Opfer an die saubere Umwelt oder dergleichen in Rechnung stellen. Soweit solche Spielräume bestehen, kann durch das von Matzner so stark betonte „dritte Allokationsprinzip“ des Verhandelns sicher einiges gewonnen werden³. Aber letzten Endes müssen Unternehmen „gewinnorientiert“, und zwar „vor allem“ gewinnorientiert entscheiden, ganz unabhängig davon, wer die Entscheidungen trifft und wieviele Mitbestimmer es dabei gibt — bei Strafe des Untergangs, wie es so schön heißt. Daß unsere Betriebe vor diesem Schicksal oft genug durch die liebende Hand des Staates bewahrt werden, ist zwar auch richtig, kann aber kaum der Sinn der Sache sein.

Grundsätzlich muß das Gesagte auch für die verstaatlichte Industrie (nicht für Versorgungsbetriebe) gelten, deren theoretische Grundlagen immer auf der Basis erarbeitet wurden, daß sie für Gemeinwohlauflagen, die ihnen vom Staat auferlegt werden, kompensiert werden müßten⁴. Wollte man auf dieses Prinzip von vorne herein verzichten, würden nicht nur Einzelunternehmen konkurs- bzw. subventionsreif gemacht werden, es würde auch die unter Marktbedingungen gesamtwirtschaftlich kaum ersetzbare Informations- und Auslesefunktion des Gewinns verloren gehen. Leider fehlt nicht nur im Programm selbst, sondern auch in den maßgeblichen Kommentaren von Egon Matzner und Herbert Ostleitner die theoretische Aufarbeitung dieses Dilemmas, das sich der „conventional wisdom“ aufdrängt⁵.

Mit der betrieblichen Mitbestimmung bis hinauf auf die Ebene der Produktions- und Investitionsentscheidungen hat das nichts — oder sagen wir vorsichtiger wenig — zu tun. Ihr hauptsächliches Tätigkeitsfeld kann nur — so präzisiert es auch das Programm — im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Gestaltung der Arbeitsprozesse im weitesten Sinn des Wortes liegen. Hier ist der Platz für die Verwirklichung immaterieller Bedürfnisse (Minderung des Arbeitsleids, Entfaltung von Kreativität, Selbstwertgefühl, kooperative Verhaltensweisen etc.), die in der Tat in unserem System schon allzu lange zu kurz gekommen sind. In dieser Sicht ist Mitbestimmung ein für Sozialisten unverzichtbarer Eigenwert für die Arbeitenden, in der schrecklichen Sprache der Wohlfahrtsökonomie ein „Konsumgut“, dessen Einfluß auf die Ertragslage des Unternehmens positiv sein kann, aber nicht muß. Wenn er positiv ist — wie manche praktisch durchgeführten Modelle gezeigt haben — wird sie umso besser, reibungsloser und basisnäher funktionieren. Darüber hinaus schiene es mir aber direkt gefährlich, die Institution der Mitbestimmung mit der Wahrnehmung gesamtwirtschaftlicher Kriterien zu befrachten. Sie würden wahrscheinlich an der Überforderung mit Aufgaben, die ihrer Interessenslage und ihrem Wirkungsbereich nicht angemessen sind,

scheitern. Das heißt nicht, den Betriebsräten oder sonstigen zur paritätischen Mitbestimmung herangezogenen Vertrauensleuten der Arbeiter die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge absprechen zu wollen. Viele von ihnen werden diese Einsicht in höherem Maß haben als Unternehmer und Manager, dafür spricht ihre politische Erziehung ebenso wie ihre soziale Erfahrung. Soweit sie außerhalb des eigenen Unternehmens an der allgemeinen Willensbildung teilnehmen, können und sollen sie nach dieser Einsicht handeln; in ihrer Funktion auf Unternehmensebene werden sie aber nicht über ihren eigenen Schatten springen können — jedenfalls nicht allzuoft. In Jugoslawien, wo die Betriebe zumindest theoretisch, bis zu einem gewissen Grad aber auch praktisch in voller Selbstverwaltung der Arbeitenden stehen, hat man das schon gelernt. Auch dort muß auf Betriebsebene ertrags- und gewinnorientiert gewirtschaftet werden, während die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens von außen, vom Staat, gesetzt werden.

Leider gibt es bisher noch sehr wenige ökonomisch-theoretische Untersuchungen über die Frage, wie sich Unternehmensziele und daher Unternehmensentscheidungen bei Mitbestimmung beziehungsweise im Extremfall bei voller Selbstverwaltung unter Marktbedingungen ändern würden. Und das wenige, was produziert wurde, bewegt sich fast ausschließlich auf dem hochabstrakten Niveau der neoklassischen Mikroökonomie unter deren üblichen Annahmen. Die bekannten Modelle von Ward und Vanek — „Firma in Illyrien“ — gehen von der Annahme aus, daß das Selbstverwaltungs-Management danach streben wird, das Einkommen je Arbeiter, nicht den Gewinn, unter den jeweils vom Staat gesetzten constraints zu maximieren. Daraus ergeben sich zwar interessante Abweichungen in den Produktionsfunktionen und Reaktionsweisen der „illyrischen“ gegenüber der „normalen“ Firma, aber betriebsexterne, gesellschaftspolitische Interessen haben naturgemäß in dieser Art von Analyse schon vom Ansatz her keinen Platz. Bei den beiden genannten Autoren handelt es sich übrigens um statische Gleichgewichtsmodelle, sodaß die Hauptfrage der Investitionsentscheidungen nicht ins Spiel kommt. Alles in allem dürften diese Modelle mit der Realität so viel oder so wenig zu tun haben wie jene für die kapitalistische Welt. Dennoch verweisen sie auf Probleme, die in einer sozio-ökonomisch orientierten Analyse auch auf der Ebene der Mikroökonomie aufzuarbeiten wären⁶.

Wie steht es aber mit den „Entscheidungsverhältnissen“ auf überbetrieblicher Ebene? Hier stehen selbstverständlich die Fragen der gesamtgesellschaftlichen, gemeinwohlorientierten Steuerung des Wirtschaftsprozesses an erster Stelle zur Diskussion. Wer das vielfältig verschachtelte Getriebe unserer sozialpartnerschaftlichen Entscheidungsprozesse im Gesamtbereich der Wirtschaft kennt, weiß, daß hier bereits eine Unzahl von Verbänden, Berufsgruppen, lokalen und regionalen Interessenvertretern in die Verhandlungen auf verschiedensten Ebenen einbezogen sind. Möglicherweise gibt es noch weitere,

bisher unvertretene Kleingruppen, die in dieses Getriebe eingebunden werden könnten. Eine umstürzende Neuerung wäre das kaum, außer man wollte das paritätische Prinzip umwerfen und statt dessen die Mehrheitsentscheidung in diesen Gremien einführen, wie manche Partizipationsenthusiasten verlangen. Diese naive Idee, deren Verwirklichung nur eine sofortige Einstellung aller Verhandlungsgremien zur Folge hätte, liegt dem Programm glücklicherweise fern. Die Sozialpartnerschaft selbst, dieses Denkmal österreichischer Eigenart, wird merkwürdigerweise überhaupt nicht erwähnt, aber da auch ihre Abschaffung nicht verlangt wird, muß man annehmen, daß ihre weitere Existenz — auch in der „sozialen Demokratie“? — stillschweigend vorausgesetzt wird. Wenn dem so ist, ist nicht recht einzusehen, wo der Hebel der „Entscheidungsverhältnisse“ zum wirkungsvollen Einsatz kommen kann. Wie bisher wird der mühselige, oft zeitraubende Prozeß der Konfliktregelung auf dieser Ebene vonstatten gehen, wie bisher werden seine Ergebnisse mehr oder weniger Einsicht verraten, vor allem aber die politischen Machtverhältnisse widerspiegeln, wie bisher wird sie der Staat als alleiniges Organ mit der nötigen Kompetenz in die wirtschaftspolitische Praxis umsetzen müssen. Seine Entscheidungen — ob mit oder ohne sozialpartnerschaftlichen Sanktus — werden letzten Endes nur so demokratisch sein können wie das politische System, auf dem er ruht, das die demokratische Kontrolle seiner Handlungen durch die öffentliche Meinung einschließt. Wenn Formeln wie „demokratische Planung“, „planende Gesellschaft“ und dergleichen in erster Linie darauf abzielen, die *Kontrollkapazität* der Öffentlichkeit durch vollere Information, breitere Diskussion, auch Kleingruppendiskussion, zu stärken, dann ist ihnen durchaus zuzustimmen. Darüber hinaus scheint es jedoch kaum ein real faßbares Demokratisierungspotential für die Grundfragen der gesellschaftspolitischen Strategie zu geben, wenn man von der Möglichkeit des Referendums als letzte Instanz direkter Demokratie absieht.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist es vielleicht notwendig hinzuzufügen, daß sich nichts von dem Gesagten auf die *internen* Entscheidungsprozesse in Verbänden und Parteien bezieht. ÖGB, Arbeiterkammern und SPÖ selbst lassen wahrlich breiten Raum für eine stärkere Beteiligung ihrer Mitglieder an der Willensbildung durch praktische, organisationstechnische Maßnahmen. Ebenso wenig bezieht es sich auf die im Programm näher präzisierten Vorschläge zur „Nahbereichsdemokratie“, d. h. Einbeziehung der Bürger in lokale und kommunale Planungen wie etwa Wohnungsbau, Verkehrsregelungen und dgl. Aber auch auf diesem Gebiet wird eine sehr detaillierte weiterführende Diskussion notwendig sein, sollen solche Initiativen nicht in unlösliche Konflikte mit der Basisinstitution der repräsentativen Demokratie geraten. Denn hier besteht, wie es in einem Editorial dieser Zeitschrift heißt, „die grundsätzliche Schwierigkeit in einer Eingrenzung des Ausmaßes und Umfangs der ‚Betroffenheit‘ einzelner Bürger von Planungsmaßnahmen und der Abwägung von Interessen

Einzelner oder Gruppen gegenüber dem „Allgemeininteresse“. Dabei ist zu bedenken, erstens, daß die Fähigkeit, Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. . . durchaus unterschiedlich ist, und daß zweitens die von einer bestimmten Maßnahme negativ Betroffenen im allgemeinen leichter zu organisieren sind als die von derselben Maßnahme Begünstigten⁷.“ Zum Teil werden sich zweifellos Lösungsmöglichkeiten im Zuge der sozialen Praxis auf dem Wege zu fördernder Experimente ergeben, wie das Programm empfiehlt. Dazu wird es aber auch harter theoretischer Arbeit bedürfen, um Konzepte zu entwickeln, die der Komplexität der Wirklichkeit in ihren allseitigen Zusammenhängen gerecht werden. Diese Arbeit ist im Rahmen der Programmdiskussion nicht nur nicht geleistet worden, es sind nicht einmal die Probleme rechtlicher und organisationstheoretischer Natur klar herausgearbeitet worden.

x x x

Wie stellt sich nun im Programm das Verhältnis von Markt und Plan dar? Die Planungsdiskussion ist allgemein schon in den fünfziger Jahren, in Österreich erst zu Beginn der sechziger Jahre, angelaufen und hat verschiedene Stadien durchgemacht. Das erste stand ganz im Zeichen des französischen Experiments der „planification“, das allgemein als Modell galt. Größte Erwartungen setzte man in die Verfeinerung von Prognosetechniken mit Hilfe neuester ökonomischer Methoden, wobei derartige Modelle sowohl als Orientierungswie als Entscheidungshilfen für eine umfassende Rahmenplanung aufgefaßt wurden. Das erste Wirtschaftsprogramm der SPÖ spiegelt diesen Enthusiasmus in der Forderung nach spezifischen Prognosetechniken und einer „zentralen Planungskommission“ wider. Angewendet, oder sagen wir besser zu Rate gezogen, wurden diese Modelle jedoch nur zur konjunkturpolitischen Steuerung, die mit dem eigentlichen Planungsprinzip bestenfalls entfernt zu tun hat. Die erwiesene Unvorhersehbarkeit technischer und ökonomischer Entwicklungen in der längeren Frist haben den Glauben an diese Modelle erschüttert, ohne daß bisher grundlegend neue Konzepte in Erscheinung getreten sind⁸.

Angesichts des herrschenden theoretischen Vakuums zeugt es von weiser Beschränkung, daß im jetzigen Programm auf die Spezifizierung von Planungstechniken und auf jede Form der Institutionalisierung des Planungsprozesses verzichtet wird. Zwar sollen „geeignete Planungs- und Forschungsstellen (ausgebaut) werden, die allen Betroffenen offen stehen“, aber darunter kann man sich alles oder nichts vorstellen. Die weiterhin geforderte „Rahmenplanung“ bleibt eine leere Box, deren Inhalt und Ziele erst zu bestimmen sind. Sie soll nach der alten Formel für den Staat verbindlich sein, die Unternehmen aber nur als Orientierungshilfe dienen. Die Bestimmung von Inhalt und Zielen wird der Zukunft überlassen.

Das stellt einen uneingestanden Rückzug von den früheren Vorstellungen einer umfassenden, struktur- und allokatonswirksamen Gesamtplanung des Wirtschaftsprozesses dar. Dabei hat zweifellos die kampflustig gegen Bürokratie und Technokratie gerichtete Grundhaltung der Programmautoren den Ausschlag gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt erklärt sich auch die für manche Sozialisten sicher befremdende Anführung des Erzliberalen Hayek, als Kronzeugen gegen „zentralistische Planung“, unter den geistigen Vätern des Programms neben Marx und Keynes in dem bereits zitierten Artikel von Ostleitner.

Der Verzicht auf die Forcierung des ohnehin nie konkret aufgefüllten Konzepts der „Rahmenplanung“ scheint mir in dieser Situation allerdings kein Nachteil zu sein. Er könnte im Gegenteil den Weg freimachen für theoretisch weniger aufwendige, in der Praxis aber leichter durchführbare und dringlichere Teilbereichsplanungen wie beispielsweise im Bereich der Infrastruktur (Verkehrs- und Energiepolitik gehören dazu), der verstaatlichten Industrie und der für die allgemeine Strukturpolitik entscheidenden Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Indes bezweifle ich, ob es notwendig war, gerade im Planungskapitel noch einmal ein anti-etatistisches Bekenntnis abzulegen und jeden Gedanken an eine „zentralistische Reglementierung“ entrüstet zurückzuweisen. Reglementierung ist natürlich ein negativ geladenes Wort, niemand will reglementiert werden. Indes, ich komme noch einmal darauf zurück, ohne den stärksten Einsatz der staatlichen Entscheidungsmacht, bis hin zu wirksamen Geboten und Verboten in Fragen Umweltschutz, Ressourcenmanagement und Technologiekontrolle, gegebenenfalls auch Kontrolle des Devisen- und Kapitalverkehrs, läßt sich eine Verwirklichung der Ziele sozialistischer Wirtschaftspolitik angesichts der gegenwärtigen Problematik schwer vorstellen. Wenn dem so ist, sollte man sich vielleicht vor einer Terminologie hüten, die allzu leicht Wasser auf die Friedman'schen Mühlen gießen könnte. In diesem Sinn ist auch Ewald Nowotnys Warnung vor der „rückwärtsgewandten Utopie von ‚weniger Staat‘“ zu verstehen, die zwar nicht explizit, aber doch implizit auch an die Adresse der Entstaatlichungsenthusiasten im eigenen Lager gerichtet ist⁹. Insgesamt wäre es vielleicht besser gewesen, den demokratischen Akzent in Fragen Wirtschaft mehr auf die *Kontrolle* des Staates (samt seinem leider nicht ersetzlichen Troß von Experten und Bürokraten) zu verlegen als den Eindruck zu erwecken, daß im Rahmen der bestehenden Institutionen grundlegend andere Entscheidungsstrukturen möglich sind. Denn leider gilt für die ganze Demokratisierungsdebatte auch heute noch das Urteil, das F. Naschold vor zehn Jahren als Resumé gezogen hat: „Die in diesen Analysen angewendeten Organisationskonzepte sind meist von so geringer theoretischer Komplexität, daß sie die komplizierte Organisationswirklichkeit mit ihren offenen und latenten Funktionen nicht annähernd angemessen erfassen können“¹⁰. Der Gedanke an den Zustand der Welt von heute gibt auch

nicht gerade den alten Hoffnungen auf Regelung der Wirtschaftsprozesse in einem machtlosen Raum „freier Assoziationen“ Nahrung. Diese Idee war von Anfang an nicht minder utopisch als die des selbstregulierenden Marktes. Sie war überdies an die Vorstellung des materiellen Überflusses gebunden. Angesichts der gegenwärtigen Perspektive zunehmender Knappheiten verschwindet sie vollends hinter dem Rand des historischen Horizonts. Sicher soll man in der Umkehrung dieses Modells nicht so weit gehen wie Wolfgang Harich, der meint, daß nur eine stramme Weltdiktatur mit dem ökologischen Komplex fertig werden kann¹¹. Aber vielleicht sollte man doch die Möglichkeiten einer Lösung dieser Probleme durch Konsensbildung in Kleingruppen bei weitgehender Machtzersplitterung etwas vorsichtiger beurteilen. Unter diesem Gesichtspunkt ist nicht auszuschließen, daß sich die im Programm so stark zurückgestellte Frage zunehmender Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse in der überschaubaren Zukunft doch zwingend stellen wird, nicht um irgendwelcher Prinzipien willen, sondern unter dem Zugzwang realitätsbezogener Problemlösungen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Herbert Ostleitner, *Die gesellschafts- und wirtschaftstheoretischen Grundlagen des neuen Programms der SPÖ*, „Wirtschaftspolitische Blätter“ 4/1978. Ostleitner versucht in diesem Artikel, die dem klassischen Marxismus fremde Akzentverschiebung auf die „Entscheidungsverhältnisse“ durch eine Keynesianisch-Kaleckische Analyse der kapitalistischen Marktwirtschaft abzustützen, die von den für das System konstitutiven Transaktionsstrukturen, dh Handlungsfolgen, und nicht von den Eigentumsverhältnissen ausgeht.
- 2 Dazu bemerkt Egon Matzner bedauernd, daß der Entwurf des Parteiprogramms hinsichtlich der Fragen des Wachstums und der Zügelung des technischen Fortschritts „hinter dem aktuellen Stand der kritischen Wissenschaft“ zurückbleibt. *Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des Entwurfs des neuen Parteiprogramms*, „Zeitschrift für Politikwissenschaft“, 2/1978, S. 159.
- 3 Neben „Markt“ und „Plan“, sagt Matzner, gäbe es „mindestens sechs andere Methoden zur Lösung des Allokationsproblems“, von denen das Verhandeln die wichtigste darstelle. (*Bemerkungen zu Diskussionsbeiträgen*, „Zukunft“, Mai 1978). Zur näheren Bestimmung dieser Methoden verweist er auf einen Artikel von Martin Shubik (*On different Methods of Allocating Resources*, „Kyklos“, Fasz. 2, 1970, S 332 ff.) Nun ist allerdings Shubik nicht gerade der richtige Kronzeuge für Matzners These von der Vielzahl möglicher Allokationsmethoden, die an die Stelle des Marktes treten können. So heißt es in dem zitierten Artikel: „The market mechanism . . . appears to be well suited for solving the technical and administrative problems for the efficient allocation of resources,“ während das Verhandeln vor allem für die Lohnfindung geeignet erscheint. Ebensovienig überraschend erscheint das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen für soziale Güter. Die übrigen angeführten Methoden beziehen sich auf primitive Gesellschaften (zB „reciprocity“ oder Geschenkaustausch, Handeln wie im orientalischen Bazaar) oder sind überhaupt scherzhaft gemeint („fraud and deception“).
- 4 Eine sehr differenzierte Diskussion der Frage, ob und wie weit verstaatlichte Unternehmen gemeinwohlorientierte Zielsetzungen jenseits des erwerbswirtschaftlichen Prinzips wahrnehmen können, bietet Ferdinand Lacina (*Zielsetzung und Effizienz verstaatlichter Unternehmen*, „Wirtschaft und Gesellschaft“ 2/1978). Auch er kommt zu dem Schluß, daß das nur in „relativ engen Grenzen“ möglich ist,
- 5 Merkwürdigerweise ist diese nicht unwichtige Frage auch in der Programmdiskussion, die in der „Zukunft“ sehr extensiv geführt wurde, nicht aufgeworfen worden (außer von der Autorin diese Artikels, *Zurück zu den alten Formeln?* Mai 1978). Vgl auch die Diskussionsbeiträge in den Nummern Dez. 1977, Jänner bis Mai 1978.
- 6 J. Vanek, *The General Theory of Labour Managed Market Economies*, Ithaca 1970; B. Ward, *The Firm in Illyria* (1958, wiedergedruckt in dem Sammelband von David F. Heathfield, *The Economics of Co-Determination*, McMillan 1977). Der Band enthält sowohl theoretische wie praktisch-empirische Untersuchungen vor allem über die paritätische Mitbestimmung in der Bundesrepublik.
- 7 „Wirtschaft und Gesellschaft“ 4/1978.
- 8 Für einen Versuch in dieser Richtung siehe zB Ulrich Gärtner et al. *Demokratische Systemgestaltung - Modell einer humanen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, „Wirtschaft und Gesellschaft“ 3/1977.
- 9 *Die öffentlichen Finanzen - Symptom einer Gesellschaftskrise*, „Zukunft“, Jänner 1979, S. 28.
- 10 Frieder Naschold, *Organisation und Demokratie - Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen*, Kohlhammer 1969, S 10.
- 11 Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? - Babeuf und der Club of Rome*, Rowohlt 1975. Siehe auch die Besprechung dieses Buches von Ossip Flechtheim in „Wirtschaft und Gesellschaft“ 4/1978.